WP-01-733 Ein Land der Innovation und Nachhaltigkeit

Antragsteller*in: Güven Erkurt (KV Paderborn)

Änderungsantrag zu WP-01

Von Zeile 732 bis 733 einfügen:
wollen wir bekannter machen und mit digitalen, landesweit einheitlichen Tarifen den Tarifdschungel endgültig beenden.

Die Kriminalisierung des Fahrens ohne Fahrschein muss enden. Wir fordern die Abschaffung der Strafbarkeit nach § 265a StGB auf Bundesebene und wollen bis dahin im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten darauf hinwirken, dass Verkehrsunternehmen in öffentlicher Trägerschaft in Nordrhein-Westfalen grundsätzlich auf Strafanzeigen und Strafanträge wegen Fahrens ohne Fahrschein verzichten.

Begründung

Die Strafbarkeit des Fahrens ohne Fahrschein trifft insbesondere Menschen in prekären Lebenslagen. Wer sich eine Geldstrafe nicht leisten kann, riskiert eine Ersatzfreiheitsstrafe. Dadurch werden soziale Probleme nicht gelöst, sondern verschärft. Zugleich bindet die Strafverfolgung Ressourcen von Polizei, Justiz und Strafvollzug.

Die Durchsetzung des erhöhten Beförderungsentgelts kann grundsätzlich auf zivilrechtlichem Weg erfolgen, ohne dass dafür eine strafrechtliche Verfolgung erforderlich ist. Bis zu einer bundesweiten Gesetzesänderung sollte Nordrhein-Westfalen deshalb seine Einflussmöglichkeiten nutzen, um eine sozial gerechtere Praxis bei Verkehrsunternehmen in öffentlicher Trägerschaft zu fördern.

Unterstützer*innen

Marcus Zauner (KV Paderborn); Petra Solscheid (KV Paderborn); Jörg Schlüter (KV Paderborn); Ralf Pirsig (KV Paderborn); Johannes Menze (KV Paderborn); Paula Kerstin (KV Paderborn); Justus Reckels (KV Paderborn); Angelika Surkamer (KV Paderborn); Petra Lippegaus (KV Paderborn); Laura Fortmeier (KV Paderborn); Carolin Köhler (KV Paderborn); Helmut Arens (OV Paderborn); Armin Pfennings (KV Paderborn); Sylvain Victor (KV Paderborn); Carsten Birkelbach (KV Paderborn); Anne Birkelbach (KV Paderborn); Ulrich Hake (KV Paderborn); Beate Tewes (KV Paderborn); Markus Rieger (KV Paderborn)